

Protokoll

über die Sitzung des Jugend- u. Sozialausschusses am Donnerstag, dem 12.02.2015, 18:00 Uhr,
im Sitzungssaal des Verwaltungsgebäudes Nienburger Straße 31, 31535 Neustadt a. Rbge.

Anwesend:

Vorsitzende/r

Frau Monika Strecker

Mitglieder

Herr Stephan Aust
Herr Hans-Jürgen Hayek (Vertreter für Herrn Herbst)
Herr Klaus Hendrian
Herr Thomas Iseke (ab 18:10 Uhr, Tagesordnungspunkt 6)
Herr Wilhelm Kümmerling
Herr Ferdinand Lühring
Herr Björn Niemeyer
Frau Sieglinde Ritgen (Vertreterin für Frau Rozanska)
Herr Otto Rönnebeck
Frau Anja Sternbeck

Grundmandat

Herr Tobias Mundt

Beratende Mitglieder

Herr Dietmar Fienemann
Herr Hans-Jürgen Kretz
Herr Tim Kröger
Herr Christian Nehring
Herr Heinrich Schmidt
Frau Melanie Stoy

Verwaltungsangehörige

Frau Monika Baroke (Fachdienstleiterin Soziales)
Frau Antje Fröhlich (Fachdienst Kinder und Jugend, Protokoll)
Frau Ute Kemmer (Stadtjugendpflege)
Herr Maic Schillack (Dezernent 1)
Frau Martina Wilhelms (Fachdienstleiterin Kinder und Jugend)
Frau Vanessa Wolter (Fachdienst Soziales)

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr

Sitzungsende: 19:05 Uhr

Tagesordnung:

Vorlagen Nr.

1. Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung am 13.11.2014
3. Einwohnerfragestunde gemäß § 62 Absatz 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes
4. Antrag der Ev.-luth. Kirchengemeinde Mariensee auf Gewährung eines weiteren Investitionszuschusses für Aufwendungen zum Anbau und zur Sanierung der Kindertagesstätte in Mariensee, Höltystraße 5 A zur Deckung einer Finanzierungslücke **2014/174**
5. Antrag des Katholischen Pfarramtes St. Peter und Paul auf Gewährung eines einmaligen Zuschusses für Aufwendungen der Bauunterhaltung und Modernisierung der bestehenden Kindertagesstätte "Familienzentrum St. Peter und Paul", Wunstorfer Straße 17 **2015/017**
6. Antrag der Elterninitiative "Rosenhort e. V." auf Gewährung einer Betriebskostenförderung für das Haushaltsjahr 2015 **2015/018**
7. Antrag der Elterninitiative "Ratzenspatz e. V." auf Gewährung einer Betriebskostenförderung für das Haushaltsjahr 2015 **2015/022**
8. Haushaltsbegleitanträge zum Ratsbeschluss vom 18.12.2014
- mündlicher Bericht -
9. Bekanntgaben
- 9.1. Aktueller Sachstand Flüchtlingssituation
10. Anfragen

1. Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Strecker eröffnet die Sitzung des Jugend- und Sozialausschusses um 18:00 Uhr, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsmäßige Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Hendrian beantragt für die SPD-Fraktion, den Tagesordnungspunkt 5 von der Tagesordnung abzusetzen, da hierzu noch Beratungsbedarf bestehe.

Der Jugend- und Sozialausschuss fasst daraufhin einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt 5 wird von der Tagesordnung abgesetzt.

2. Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung am 13.11.2014

Der Jugend- und Sozialausschuss fasst mit 6 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen folgenden

Beschluss:

Das Protokoll über die öffentliche Sitzung am 13.11.2014 wird genehmigt.

3. Einwohnerfragestunde gemäß § 62 Absatz 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes

Anfragen werden nicht gestellt.

4. Antrag der Ev.-luth. Kirchengemeinde Mariensee auf Gewährung eines weiteren Investitionszuschusses für Aufwendungen zum Anbau und zur Sanierung der Kindertagesstätte in Mariensee, Höltystraße 5 A zur Deckung einer Finanzierungslücke

2014/174

Ohne Aussprache fasst der Jugend- und Sozialausschuss einstimmig folgenden empfehlenden

Beschluss:

Der Ev.-luth. Kirchengemeinde Mariensee wird für die aus der Sanierung und dem Anbau an die Kindertagesstätte Mariensee resultierende Finanzierungslücke ein weiterer Investitionszuschuss in Höhe von bis zu 15.676,10 EUR gewährt.

5. **Antrag des Katholischen Pfarramtes St. Peter und Paul auf Gewährung eines einmaligen Zuschusses für Aufwendungen der Bauunterhaltung und Modernisierung der bestehenden Kindertagesstätte "Familienzentrum St. Peter und Paul", Wunstorfer Straße 17** **2015/017**

Zu Beginn von der Tagesordnung abgesetzt.

6. **Antrag der Elterninitiative "Rosenhort e. V." auf Gewährung einer Betriebskostenförderung für das Haushaltsjahr 2015** **2015/018**

Ohne Aussprache fasst der Jugend- und Sozialausschuss einstimmig folgenden empfehlenden

Beschluss:

Der Elterninitiative "Rosenhort e. V." wird für das Haushaltsjahr 2015 ein Betriebskostenzuschuss in Höhe von 18.227,98 EUR gewährt. Dies entspricht 126,58 EUR pro Platz und Monat bzw. 1,19 EUR pro Betreuungsstunde.

7. **Antrag der Elterninitiative "Ratzenspatz e. V." auf Gewährung einer Betriebskostenförderung für das Haushaltsjahr 2015** **2015/022**

Ohne Aussprache fasst der Jugend- und Sozialausschuss einstimmig folgenden empfehlenden

Beschluss:

Der Elterninitiative "Ratzenspatz e. V." wird für das Haushaltsjahr 2015 ein Betriebskostenzuschuss in Höhe von 127.496,15 EUR gewährt. Dies entspricht 354,16 EUR pro Platz und Monat bzw. 2,05 EUR pro Betreuungsstunde.

8. **Haushaltsbegleitanträge zum Ratsbeschluss vom 18.12.2014
- mündlicher Bericht -**

Frau Wilhelms berichtet zu den Punkten "was ist im Rahmen der Betriebskostenförderung bezuschussungsfähig" und "Einstellungspraxis der Stadt Neustadt a. Rbge. in den Kitas".

Im Hinblick auf zu entwickelnde Förderrichtlinien für die Betriebskostenförderung der freien Träger von Kindertagesstätten erläutert Frau Wilhelms, dass das Ziel der Verwaltung sei, die Personalkosten nach den gesetzlichen Anforderungen zuzüglich den per Ratsbeschluss eingeführten 3. unterstützenden Kräften spitz abzurechnen. Für die Sachkosten solle ein Budget gebildet werden. Anträge auf Investitionskostenförderung sollen weiterhin im Rahmen von Einzelanträgen mit Einzelbeschlüssen bearbeitet werden. Das so zu erarbeitende Modell solle dann mit den freien Trägern diskutiert werden.

Herr Schillack ergänzt, dass als Basis für ein Sachkostenbudget die Kostenrechnung der städtischen Kitas gelten solle und ein Schlüssel "Kosten pro Betreuungsstunde" angestrebt werde. An diesen Schlüssel müssten sich dann alle freien Träger anpassen, die städtischen Kitas sollen den

Benchmark setzen.

Herr Hendrian weist darauf hin, dass hiermit viel Arbeit für die Verwaltung verbunden sei, sich der Aufwand aber lohne. Insgesamt sei es positiv, dass es in Neustadt a. Rbge. ein tolles Angebot gebe und eine einheitliche Gebührenstruktur.

Die Kostenrechnung der städtischen Kitas könne nur in Form eines Mittelwertes aller städtischen Einrichtungen herangezogen werden, erklärt Herr Kretz. So wie es zurzeit laufe, laufe es gut.

Herr Lühring betont, dass das Ziel sein müsse, gemeinsam die Kosten im Griff zu behalten.

Herr Hendrian ergänzt, dass mit der Forderung nach Förderrichtlinien kein Schuss gegen die freien Träger abgegeben werden solle, aber die Frage des "muss, soll, kann" beantwortet werden müsse.

Frau Ritgen regt an, auch Richtlinien für die Investitionsförderung zu entwickeln.

Im Hinblick auf das beschäftigte Personal in den Kitas stellt Frau Wilhelms dar, dass gesetzlich gefordert sei, pro Gruppe mindestens eine Erzieherin/ein Erzieher und eine Sozialassistentin/ein Sozialassistent gefordert werde. Darüber hinaus müsse zukünftig Vertretungspersonal im Umfang von ca. 20 % vorgehalten werden.

In Neustadt a. Rbge. würden bereits jetzt in eingruppigen Einrichtungen, in Krippen und in altersübergreifenden Gruppen zwei Erzieherinnen/zwei Erzieher beschäftigt. Auf Vorschlag der Politik sollen zukünftig in allen Gruppen ausschließlich Erzieherinnen/Erzieher beschäftigt werden. Sozialassistentinnen/Sozialassistenten solle die Möglichkeit der Weiterbildung zur Erzieherin/zum Erzieher ermöglicht werden.

Auf Nachfrage an den Ausschuss wird klargestellt, dass dies zunächst nur für die städtischen Kitas gelten soll.

Herr Kretz gibt zu bedenken, dass sich die Suche nach entsprechend qualifiziertem Personal schwierig gestalten werde.

9. Bekanntgaben

- a) Frau Kemmer gibt den Sachstand zur Jugendratswahl bekannt. Zwischenzeitlich liegen 14 Kandidaturen vor. Nach der Wahl benötigten die Jugendlichen Unterstützung und Frau Kemmer wirbt dafür, dass sich Paten aus der Politik finden sollten.
- b) Frau Wilhelms berichtet, dass für die zum Sommer in städtische Trägerschaft übergehende Kita Borstel/Nöpke zurzeit die Leitung ausgeschrieben sei. Die Aufstellung eines Containers für eine Übergangszeit von ca. zwei Jahren erfolge zum Beginn des Kita Jahres am Standort Nöpke.
- c) Durch die neue Forderung, dass in allen Kitas Vertretungspersonal nachgewiesen werden müsse, komme ein neuer Kostenfaktor auf die

Stadt zu, gibt Frau Wilhelms bekannt.

- d) Die KLAX Kita bekommt eine neue Geschäftsführung, berichtet Frau Wilhelms.
- e) Frau Baroke weist auf die neu aufgelegte Broschüre zum Mietspiegel 2015 hin.
- f) Frau Baroke gibt den aktuellen Sachstand zur Flüchtlingsunterbringung bekannt. Danach sind für 2015 270 Flüchtlinge unterzubringen, bislang seien tatsächlich 21 Flüchtlinge untergebracht. Damit bleibe Neustadt hinter dem Soll zurück und das bedeute, dass es plötzlich eng werden könne.

Auf Nachfrage von Herrn Aust erläutert Frau Baroke, dass die Vorbereitungszeit bei Ankündigung neuer Flüchtlinge variere zwischen zwei Stunden und 14 Tagen.

Herr Schillack ergänzt, dass Standorte zur Flüchtlingsunterbringung in Modulbauweise ausgebaut werden sollen. Hierzu werde noch eine Vorlage erstellt.

Eine Zusammenfassung zur Flüchtlingssituation ist dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

10. Anfragen

Anfragen werden nicht gestellt.

Mit einem Dank an alle Anwesenden schließt Frau Strecker die Sitzung um 19:05 Uhr.

Ausschussvorsitzender

Bürgermeister

Protokollführer

Neustadt a. Rbge., 17.03.2015